

PM Nr.20-03 vom 17.03.2003

Zuviel Geld? Dann geht doch Studieren!

Studiengebühren sind sozialer Sprengstoff

Zuviel Geld? Dann geht doch Studieren!

Studiengebühren sind sozialer Sprengstoff

Nach einer Meldung der Deutschen Presse Agentur (dpa) vom 11.März 2003, stehen hinter einem Studienabbruch immer häufiger finanzielle Sorgen. Das geht aus einer Befragung von 3000 Studienabbrechern durch die Hochschul-Informationssystem GmbH in Hannover hervor, die jetzt vom Deutschen Studentenwerk in Berlin vorgestellt wurde.

Wenn es nach der Landesregierung ginge, dann sollte diese erschreckende Tatsache nun zum Prinzip erhoben werden, Kultusminister Olbertz denkt über die Einführung von Studiengebühren nach.

Dazu äußert sich das bündnisgrüne Landesvorstandsmitglied Sören Herbst, in Vertretung der Landesvorsitzenden Inés Brock: "Studiengebühren sind eine Überlegung wert- und zwar dahin gehend, dass man die Finger davon lässt! Es ist ein Märchen, dass die Gelder, die Studenten zahlen sollen, in die universitären Einrichtungen und in die Verbesserung der Studienbedingungen gesteckt werden. In Wahrheit sollen Haushaltslöcher auf Kosten der Studierenden gestopft werden!

In den Augen von Kultusminister Olbertz müssen Studenten dekadente und faule Säcke sein, die auf Kosten des Staates ihrer erfolgreichen Karriere entschlafen. Olbertz hält die Universität für einen 'Selbstbedienungsladen auf dem Weg zur gesellschaftlichen Privilegierung', was eine glatte Diffamierung rechtschaffender Studenten darstellt."

Unzumutbare Bedingungen, wie auf der Erde sitzende Studenten in überfüllten Seminarräumen müssten zuerst beseitigt werden, bevor man überhaupt nur darüber nachdenken könne, Studenten für ihre universitäre Bildung bezahlen zu lassen. Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen müsste gestärkt werden, indem ihnen die Entscheidungshoheit über die Auswahl der Studierenden zugelassen werde. Herbst sprach sich auch gegen Studienkonten-Modelle aus: "Diese Möglichkeit ist noch nicht ausgereift, diese Modelle müssen den Studierenden noch viel mehr entgegenkommen."

Am schlimmsten sei der Schaden, der für den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt entstehe, ist sich der Politikwissenschaftler sicher. "Statt für Sachsen-Anhalt als attraktiven Hochschulstandort zu werben, vergrault Olbertz Studierende von außerhalb und macht die jungen Menschen in den Augen der Bevölkerung schlecht."

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Quelle:
<http://www.gruene-sachsen-anhalt.de/>